

Fazitbericht | 28. FSS Security Talk: Innere Sicherheit

Begrüssung

Thomas Süssli, Präsident des FORUM SICHERHEIT SCHWEIZ (FSS)

Zum ersten Mal in seiner Funktion als neuer Präsident des FSS begrüsst Thomas Süssli die Teilnehmenden. Er stellt die Frage nach der Sicherheit der Schweiz in einen breiteren Kontext und unterscheid zwischen der messbaren Sicherheitslage und dem subjektiven Sicherheitsgefühl. Letzteres habe sich gemäss der ETH-Sicherheitsstudie in nur zwei Jahren deutlich verschlechtert – von 92 auf 82 Punkte. Dieses Sicherheitsgefühl werde auch durch Entwicklungen ausserhalb der Schweiz beeinflusst.

Süssli verwies dabei auf vier globale Entwicklungen: die zunehmende Multipolarität und den Bruch mit der bisherigen regelbasierten Ordnung, den demografischen Wandel, den Klimawandel und die vierte industrielle Revolution. Diese Veränderungen hätten unmittelbare sicherheitspolitische Folgen für Europa und die Schweiz. Daraus ergebe sich eine zentrale Erkenntnis für den heutigen Anlass: Äussere und innere Sicherheit seien unmittelbar miteinander verbunden.

Inputreferat

Eva Wildi-Cortés, Direktorin, Bundesamt für Polizei (fedpol)

Eva Wildi-Cortés, Direktorin des Bundesamts für Polizei (fedpol), hielt fest, dass die Schweiz weiterhin ein sicheres Land sei, jedoch von aktuellen Bedrohungen nicht verschont bleibe. Die Kriminalität funktioniere heute globaler, digitaler und schneller und kenne kaum noch territoriale Grenzen. Die Polizeiarbeit hingegen sei immer noch territorial organisiert. Sicherheit könne deshalb nur als Verbundaufgabe gewährleistet werden. Das Fedpol fungiere dabei als Knotenpunkt zwischen den 26 Kantonspolizeien und dem Ausland und arbeite eng mit Nachrichtendienst, Staatsanwaltschaften, Bundesanwaltschaft sowie dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit zusammen.

Die Aufgaben des fedpol gliederten sich in vier Missionen: die Bekämpfung der Schwerstkriminalität, die nationale und internationale Polizeikooperation, die Entwicklung und den Betrieb polizeilicher Informationssysteme sowie der Schutz von Personen und Gebäuden des Bundes. Angesichts eines Jahresbudgets von rund 304 Millionen Franken müsse das fedpol seine Mittel konsequent priorisieren. Besondere Sorgen bereiteten derzeit Terrorismus und organisierte Kriminalität.

Beim Terrorismus mache dem fedpol insbesondere die rasche Radikalisierung von Minderjährigen und jungen Erwachsenen über soziale Medien grosse Sorgen. Die jüngsten Fälle in der Schweiz zeigten, dass der Terrorismus längst auch hierzulande angekommen sei.

Auch die organisierte Kriminalität entwickle sich fortlaufend weiter. Kriminelle Gruppierungen, arbeiteten immer professioneller, seien untereinander vernetzt, ändern laufend die Geschäftsmodelle, nutzen modernste Technologien genauso wie menschliche Schwächen. Zudem würden neue Phänomene sichtbar wie beispielsweise «Crime as a Service»: Kriminelle

Banden und Netzwerke rekrutierten immer mehr Jugendliche über soziale Medien, etwa für Einbrüche in Luxusautogaragen oder Waffengeschäften. Das Fedpol habe deshalb gemeinsam mit den Kantonspolizeien eine Taskforce eingerichtet und arbeite eng mit französischen und europäischen Partnerbehörden zusammen. Hinzu kämen in der Öffentlichkeit noch kaum bekannte kriminelle Erscheinungen wie «Violence as a Service», bei der vulnerable Minderjährige in nihilistischen Online-Netzwerken manipuliert, erpresst und zu Gewalt gegen sich selbst oder andere gedrängt würden.

Entscheidend für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität sei, der Spur des Geldes zu folge, betonte Eva Wildi-Cortés. Die Zahl der bei der Meldestelle für Geldwäscherei eingegangenen Verdachtsmeldungen sei gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent gestiegen. Es brauche deshalb eine griffige Geldwäschereigesetzgebung sowie weitere gesetzliche Anpassungen. Gleichzeitig habe das Fedpol gemeinsam mit ihren Partnern eine nationale Strategie gegen organisierte Kriminalität entwickelt, die drei Pfeiler beinhalte: kriminelle Strukturen erkennen, ihre Ansiedlung verhindern und sie gezielt bekämpfen. Ein nationaler Aktionsplan mit konkreten Massnahmen und Fristen sowie ein Gesetzgebungspaket seien in Arbeit.

Handlungsbedarf bestehe zugleich beim Informationsaustausch innerhalb der Schweiz. Teilweise sei es heute einfacher, polizeiliche Informationen mit dem europäischen Ausland auszutauschen als zwischen den Kantonen. Gemeinsam mit den Kantonen werde deshalb an einer schweizweiten Polizeiabfrageplattform gearbeitet. Dazu seien allerdings rechtliche Anpassungen notwendig.

Die veränderte geopolitische Lage und die sich wandelnden Formen der Kriminalität verlangten insgesamt nach stetiger Weiterentwicklung, engerer Zusammenarbeit, klaren Prioritäten und effizienteren Strukturen. Gerade weil Kriminalität immer weniger Grenzen kenne, könne Sicherheit nur im Verbund und durch eine funktionierende nationale wie internationale Zusammenarbeit gewährleistet werden, unterstrich die Fedpol-Direktorin.

Kurzstellungnahme

Matteo Cocchi, Präsident, Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz (KKPKS)

Matteo Cocchi, Kommandant der Kantonspolizei Tessin und Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten (KKPKS), betonte, dass die Polizei für ihre Arbeit auch auf die Unterstützung von Gesellschaft und Politik angewiesen sei. Die Kriminalität verändere sich heute mit hoher Geschwindigkeit: Täter passten ihre Methoden laufend an, nutzten neue Technologien und agierten zunehmend professionell, vernetzt und grenzüberschreitend. Die Reaktionsfähigkeit der Sicherheitsbehörden müsse unbedingt mit dieser Entwicklung Schritt halten.

Entscheidend seien deshalb eine stärkere Vernetzung und ein schneller Informationsaustausch zwischen Polizei, Sicherheitsbehörden, Justiz und weiteren Partnern. Informationen seien die wichtigste Ressource der Polizeiarbeit. Nicht allein ihre Menge, sondern Qualität, Aktualität und

Verfügbarkeit seien ausschlaggebend. Erst durch das Zusammenführen einzelner Erkenntnisse könnten Muster erkannt, gemeinsame Lagebilder erstellt und rechtzeitig operative Entscheidungen getroffen werden. Dafür brauche es Vertrauen, gemeinsame Standards und kurze Kommunikationswege.

Gleichzeitig seien moderne und zeitgemässe rechtliche Grundlagen notwendig. Der Rechtsrahmen müsse mit der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten und zugleich Datenschutz, Grundrechte und rechtsstaatliche Prinzipien gewährleisten.

Cocchi unterschied schliesslich zwischen sichtbarer und unsichtbarer Polizeiarbeit. Während öffentliche Polizeipräsenz Sicherheit vermittele, seien stille Hintergrundarbeiten ebenso entscheidend, wie Analyse, Prävention, Ermittlungen, Lagebeobachtung und behördenübergreifender Austausch für die frühzeitige Erkennung von Gefahren. Wirksame Sicherheit entstehe aus dem Zusammenspiel von Personal, Technologie, Fachwissen und Vernetzung. Sicherheit dürfe deshalb nicht nur als Kostenfaktor betrachtet werden, sondern als wichtige Investition in Prävention, Handlungsfähigkeit, Vertrauen und staatliche Stabilität.

Kurzstellungnahme

Armin Berchtold, Präsident, Verband Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen (VSSU) & Verwaltungsratspräsident, Die Securitas Gruppe

Armin Berchtold, Präsident des Verbands Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen (VSSU) und Verwaltungsratspräsident der Securitas Gruppe Schweiz, unterstrich die Bedeutung privater Sicherheitsunternehmen als wichtigen Bestandteil der «Sicherheitskette Schweiz». Ihre Dienstleistungen ergänzten und entlasteten die öffentlichen Sicherheitsorgane – von Verkehrs- und Anlassdiensten bis hin zu weniger sichtbaren Aufgaben wie Zentralendiensten oder Gefangenentransporten. Gerade Grossveranstaltungen seien heute ohne das Zusammenspiel öffentlicher und privater Sicherheitskräfte kaum durchführbar. Gleichzeitig bekannte sich Berchtold ausdrücklich zum staatlichen Gewaltmonopol.

Als Herausforderung für den VSSU bezeichnete Berchtold das teilweise negative Image der Branche. Neben der mangelnden Wahrnehmung ihrer vielfältigen Leistungen seien dafür auch «schwarze Schafe» verantwortlich. Begünstigt werde dies durch einen regulatorischen Flickenteppich: Während in der Westschweiz klare Anforderungen für die Gründung und den Betrieb eines privaten Sicherheitsunternehmens bestünden, gebe es in anderen Kantonen unterschiedliche oder teilweise gar keine gesetzlichen Voraussetzungen. Berchtold sprach sich deshalb entschieden für eine schweizweit einheitliche Regulierung aus.

Besonders kritisch äusserte er sich zur Beschaffung privater Sicherheitsdienstleistungen. Bei Ausschreibungen werde dem Preis häufig zu grosses Gewicht beigemessen, teilweise sei er sogar das alleinige Entscheidungskriterium. Stattdessen müsse «Qualität vor Preis» gelten. Qualifikation und Ausbildung der Mitarbeitenden, faire Entlohnung, Zertifikate und Referenzen müssten stärker gewichtet und auch tatsächlich überprüft werden. Schliesslich würden «keine

Bleistifte beschafft», sondern Sicherheitsdienstleistungen. Sicherheit sei damit auch eine Frage professioneller Standards und verlässlicher Rahmenbedingungen.

Paneldiskussion

In der abschliessenden Paneldiskussion, geleitet durch Fredy Müller, Geschäftsführer des Forum Sicherheit Schweiz, diskutierten Eva Wildi-Cortés, Direktorin des Bundesamts für Polizei (fedpol), Matteo Cocchi, Kommandant der Kantonspolizei Tessin und Präsident der KKPKS, Armin Berchtold, Präsident des VSSU und Verwaltungsratspräsident der Securitas Gruppe Schweiz, sowie Nationalrat Michael Götte, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SIK-N) und Gemeindepräsident von Tübach, über die aktuellen Herausforderungen der Inneren Sicherheit und mögliche Lösungsansätze.

Grenzüberschreitende Kriminalität, Information und Zusammenarbeit

Fredy Müller griff zunächst die zunehmende Internationalisierung und Digitalisierung der Kriminalität auf und fragte Michael Götte nach den Auswirkungen auf eine kleine Gemeinde wie Tübach. Auch dort sei man vor Kriminalität nicht vollständig verschont, hielt Götte fest und verwies auf kürzlich aufgedeckte illegale Pokerturniere. Zwar bestehe weiterhin ein deutlicher Stadt-Land-Unterschied und die soziale Kontrolle funktioniere in kleineren Gemeinden besser. Dennoch seien auch dort zunehmend «unschöne Aktionen» festzustellen.

Eva Wildi-Cortés erwähnte auf die Frage nach dringend notwendigen gesetzlichen Instrumenten insbesondere die Geldwäschereibekämpfung als Herausforderung. Während umliegende Staaten ihre Gesetzgebung verschärften, müsse auch die Schweiz handlungsfähig bleiben. Denkbar seien etwa die Möglichkeit verdächtige Vermögenswerte frühzeitiger einzufrieren, sog. «Freezing». Verschärften die Nachbarstaaten ihre Regeln, müsse die Schweiz mitziehen, sonst drohe sie zur «Insel» für Geldwäscherei und andere kriminelle Machenschaften zu werden. Kriminelle wüssten solche «Lücken» sofort auszunutzen.

Matteo Cocchi warnte davor, organisierte Kriminalität weiterhin mit stereotypen Vorstellungen von Mafiastrukturen zu verbinden. Deren Akteure agierten heute unauffällig in der Gesellschaft und bewegten sich darin wie ein «trojanisches Pferd». Um sie zu erkennen, brauche es deshalb neben der Polizei auch die Aufmerksamkeit der Gesellschaft. Verdächtige Beobachtungen sollten unbedingt gemeldet, damit einzelne Hinweise zu einem Gesamtbild zusammengeführt werden könnten. Gleichzeitig dürfe organisierte Kriminalität nicht einfach von einem Kanton in einen anderen verdrängt werden: Ziel müsse sein, Kriminellen schweizweit das Handwerk zu legen, deren Handlungsraum einzuschränken und sie ständig zu «stören».

Künstliche Intelligenz könne die Polizeiarbeit dabei unterstützen, führte Cocchi weiter aus, ersetze aber nicht den Menschen. Am Ende einer Ermittlung stehe weiterhin ein Polizeibeamter. Zudem nutze auch die kriminelle Gegenseite KI – ohne vergleichbare rechtliche und finanzielle Einschränkungen. Umso wichtiger seien deshalb klare Rechtsgrundlagen, Ausbildung und ein verantwortungsvoller Einsatz neuer Technologien.

Angesichts begrenzter personeller Ressourcen sei zudem die interkantonale Zusammenarbeit matchentscheidend. Viele Fälle hätten heute einen Bezug zu mehreren Kantonen, weshalb die vorhandenen Kräfte gebündelt und Informationen rasch ausgetauscht werden müssten.

Armin Berchtold betonte seinerseits die ergänzende Rolle privater Sicherheitsdienstleister. Organisierte Kriminalität sei zwar nicht deren Kernaufgabe, die gestiegene Gewaltbereitschaft werde jedoch bei Sportveranstaltungen, Konzerten oder anderen Events unmittelbar spürbar. Öffentliche und private Sicherheit dürften dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr sei es so, dass die beschränkten Ressourcen gemeinsam und arbeitsteilig am effizientesten eingesetzt werden könnten. Aufgaben wie Parkplatzkontrollen könnten beispielsweise privaten Anbietern übertragen werden, damit ausgebildete Polizistinnen und Polizisten für andere, wichtigere Aufgaben zur Verfügung stünden.

Michael Götte unterstützte diesen Ansatz insbesondere mit Blick auf die sichtbare Präsenz in Gemeinden. Private Sicherheitskräfte können hier eine wichtige Ergänzung darstellen und möglicherweise Situationen frühzeitig erkennen, bevor grössere Polizeieinsätze notwendig würden.

Eva Wildi-Cortés hob anschliessend erneut die Bedeutung der Bevölkerung hervor. Gerade weil organisierte Kriminalität möglichst unsichtbar bleiben wolle und auch in kleinen Gemeinden stattdessen, brauche es einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Behörden und Bevölkerung müssten wissen, welche Beobachtungen relevant seien und wo diese gemeldet werden könnten. Die Sensibilisierung von Gemeindeverwaltungen, Einwohner- und Zivilstandsämtern, Migrationsstellen oder Banken sei zentral, weil diese meist die erste Anlaufstelle für Kriminelle seien. Die Zusammenarbeit und Prävention mit den genannten Amtsstellen stelle deshalb einen wichtigen Bestandteil des geplanten nationalen Aktionsplans gegen organisierte Kriminalität dar.

Matteo Cocchi ergänzte, ebenso wichtig sei die Zusammenarbeit zwischen fedpol und den kantonalen Polizeikörpern. Weder der Bund noch die Kantone könnten die heutigen Bedrohungen alleine bewältigen. 1400 Polizeibeamte im Tessin und insgesamt 20'000 Polizistinnen und Polizisten für 9 Mio. Einwohner genüge heute nicht mehr, um die ständig zunehmenden und anspruchsvolleren Aufgaben der Polizei zu bewältigen, während Österreich mit einer Bevölkerung von 13 Mio. doppelt so viel Polizeikräfte zur Verfügung habe. Seit Corona habe sich zudem die Bevölkerung weiter entsolidarisiert, der Gemeinsinn und das Verantwortungsbewusstsein der Menschen hätten weiter abgenommen, und am Schluss sollte die Polizei alles richten, wenn es in Gesellschaft, Familien und Schulen etc. zu immer mehr Problemen kommt, gab der Präsident der kantonalen Polizeikommandantinnen und -Kommandanten zu Bedenken.

Wie der Alltag der Sicherheitskräfte aussieht und die Zusammenarbeit funktioniere, illustrierte Eva Wildi-Cortés anhand konkreter Fälle: Bei terroristischen oder organisierten kriminellen Aktivitäten seien zunächst die lokalen Polizeikräfte vor Ort; erst aufgrund der weiteren Erkenntnisse werde die Zuständigkeit des Bundes festgestellt. Das fedpol arbeite deshalb nur selten allein. Armin Berchtold erwähnte ergänzend, dass beim Angriff in Winterthur private Sicherheitsmitarbeitende den Täter zunächst überwältigt und anschliessend der Polizei

übergeben hätten. Entscheidend seien Präsenz, rasches Handeln und funktionierende Übergaben der Sicherheitskräfte vor Ort, ob privat oder öffentlich.

Staatliche Handlungsfähigkeit und Durchsetzung des Gewaltmonopols

Auf die politische Bedeutung angesprochen, erklärte Michael Götte, dass die Innere Sicherheit praktisch in jeder Sitzung der SIK-N Thema sei. Nach den gewalttätigen Krawallen vom 11. Oktober 2025 in Bern habe sich die Kommission nochmals intensiver mit dem Thema beschäftigt. Er habe parlamentarische Vorstösse eingereicht, um den Sicherheitsbehörden griffigere Instrumente zur Verfügung zu stellen. Dazu gehörten beispielsweise die Möglichkeiten gewalttätige Personen länger festzuhalten, eine konsequente Bestrafung bei mitgeführtem Gewaltmaterial (z.B. Pyro, Waffen, Steine etc.) und ein besserer kantonsübergreifender Informationsaustausch. Der parlamentarische Prozess sei nun eingeleitet, benötige aber leider viel Zeit.

Fredy Müller stellte daraufhin die grundsätzliche Frage nach der Durchsetzung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung und dem politischen Ermessensspielraum beim Einsatz der Polizei. Michael Götte argumentierte, der Staat müsse sein Gewaltmonopol ausüben können. Zwar müsse bei Einsätzen stets die Gefahr einer Eskalation berücksichtigt werden, doch blosses Zuschauen und Nichtstun der Sicherheitskräfte sei keine Lösung, denn die Bevölkerung habe angesichts zunehmender Gewaltbereitschaft kein Verständnis mehr dafür.

Matteo Cocchi verwies auf die professionelle Polizeiarbeit und die Erfahrungen bei der Krawalldemo am 11. Okt. 2025 in Bern. Was hat die Polizei gemacht? Wir haben die größte Ordnungsdienstoperation der Geschichte von Ikapol, interkantonale Polizei Operationen, aufgelegt. In der Stadt waren fast 800 Polizisten, die aus der ganzen Schweiz gekommen sind und das Resultat war, innerhalb von einer Stunde wurde das Problem gelöst. Man hat taktisch anders gearbeitet, Informationen genutzt, Gewalttäter eingekesselt und blockiert und so Schlimmeres verhindert. Aber am Ende gibt es immer eine Diskussion zwischen Polizeikräften und den politischen Verantwortlichen.

Michael Götte kritisierte in diesem Zusammenhang die politische Zurückhaltung von gewissen Exekutivmitglieder in Städten gegenüber konsequenten Polizeieinsätzen. Armin Berchtold hielt aus Sicht des Bürgers fest, bei gewalttätigen Ausschreitungen werde erwartet, dass die vorhandenen Mittel eingesetzt würden. Die Durchsetzung der Sicherheit dürfe keine Frage der Parteiideologie sein. Fredy Müller hob hervor, dass Innere Sicherheit - die Gewährleistung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung - eine übergeordnete und damit politisch unabhängige hoheitliche Aufgabe darstelle, da dürfe es keinen Spielraum geben für politische Gesinnung, weder von links noch rechts. Denn falsch verstandene Toleranz gegenüber steigender Gewaltbereitschaft verstehe die Bevölkerung nicht mehr und werte sie unweigerlich als Staatsversagen, was Gift für eine Demokratie sei.

Prävention und gesellschaftliche Verantwortung

Bei der Frage nach einer zunehmenden Gewaltbereitschaft rückte Eva Wildi-Cortés die Prävention ins Zentrum. Insbesondere die rasche Radikalisierung Jugendlicher über soziale Medien stelle die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Während Radikalisierungsprozesse früher über längere Zeit beobachtet werden konnten, könne sich ein Teenager heute innerhalb kürzester Zeit im eigenen Zimmer radikalieren. Das Thema müsse deshalb stärker in Schulen und Familien getragen werden. Der Nationale Aktionsplan gegen Gewaltextremismus und Radikalisierung biete dafür bereits Instrumente und Fördermöglichkeiten.

Matteo Cocchi bestätigte die Bedeutung der Präventionsarbeit an Schulen. Nach konkreten Bedrohungsfällen sei das Interesse an polizeilicher Prävention erfreulicherweise deutlich gestiegen. Zugleich habe die gesellschaftliche Selbstverantwortung stetig abgenommen. Gerade deshalb brauche es neben der Polizei auch Schulen, Politik, Medien und Bevölkerung, welche ihre Verantwortung viel stärker wahrnehmen müssen. Wenn die Polizei eingreifen müsse, sei häufig bereits vorher etwas schiefgelaufen.

Eine eigentliche «Bürgerwehr» brauche es dafür nicht, antwortete Matteo Cocchi auf die Frage nach einer stärkeren Einbindung der Bevölkerung. Wer etwas Verdächtiges beobachte, solle die Polizei kontaktieren und die Nummer 117 wählen. Michael Götte ergänzte, gerade in kleinen Gemeinden könne auch eine positive Form der sozialen Kontrolle viel bewirken. Neue Phänomene wie «Violence as a Service» seien Eltern, Jugendlichen und Lehrpersonen bislang kaum bekannt. Bereits Information, Aufmerksamkeit und gesunder Menschenverstand könnten deshalb einen wichtigen Beitrag zur Prävention leisten.

Armin Berchtold brachte schliesslich die Nachwuchsfrage der Sicherheitskräfte ins Spiel. Sein Ziel sei eine Berufslehre im Sicherheitsbereich, mit der Jugendliche unmittelbar nach der Schule für Sicherheitsberufe gewonnen werden könnten. «Ich glaube, unser Beruf ist extrem sinnhaftig. Wir schützen Menschenleben und Sachwerte. Man hört oft, die junge Generation sei faul. Das sehe ich nicht so. Die Jungen denken einfach anders als wir, aber ihnen ist eine sinnhafte Arbeit sehr wichtig – gerade auch im Bereich Sicherheit. Ich bin überzeugt, wenn wir gemeinsam mit der Polizei, als Verband und zusammen mit grossen Firmen versuchen, eine Lehre auf die Beine zu stellen, füllen wir eine wichtige Lücke. Denn eine solche Ausbildung könnte die gesamte «Sicherheitskette» stärken», führte der VSSU-Präsident aus.

In der Fragerunde bekräftigte Eva Wildi-Cortés nochmals den Reformbedarf bei gesetzlichen Grundlagen und Verfahren. Die Kriminalität entwickle sich schneller als die Gesetzgebung; lange Verfahren, Teilnahmerechte oder die Versiegelung sichergestellter Geräte könnten Ermittlungen erheblich verzögern. Zugleich verschmolzen Innere und Äussere Sicherheit zunehmend. Die enge Zusammenarbeit zwischen EJPd, VBS und EDA sowie zwischen fedpol, Nachrichtendienst und weiteren Akteuren sei deshalb wichtig und unverzichtbar.

In ihren Schlussstatements waren sich die vier Panelteilnehmenden in einem zentralen Punkt einig: Sicherheit könne nur gemeinsam gewährleistet werden. Armin Berchtold plädierte für den möglichst effizienten Einsatz aller öffentlichen und privaten Sicherheitsressourcen. Matteo Cocchi forderte moderne Rechtsgrundlagen, um schneller analysieren, zusammenarbeiten und reagieren zu können. Eva Wildi-Cortés erinnerte daran, dass Sicherheit die Basis von Freiheit sei, aber weder zum Nulltarif noch durch Untätigkeit gewährleistet werden könne: Es brauche Ressourcen, geeignete Instrumente und die richtigen Gesetze. Michael Götte fasste zusammen, Sicherheit sei eine Verbundaufgabe auf allen Ebenen und brauche Prävention, sichtbare Präsenz und griffige Massnahmen.

Schlussworte

Thomas Süssli griff zum Abschluss nochmals die föderalistische Sicherheitsarchitektur der Schweiz auf. Sicherheit sei historisch stark bei den Kantonen verankert – dort, wo Straftaten geschähen und die Menschen sowie lokalen Verhältnisse bekannt seien. Umso problematischer sei es, dass die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen teilweise noch immer komplizierter sei als der Austausch mit dem Ausland.

Die zunehmende globale Bedrohungslage wirke sich zugleich direkt auf die Innere Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aus. Sicherheit müsse deshalb umfassend betrachtet werden und dürfe nicht in institutionellen Silos gedacht werden.

Süssli betonte, dass auch im Bereich der Inneren Sicherheit die Bedrohung nicht an die verfügbaren Mittel angepasst werden dürfe. Strafverfolgungsbehörden müssten deshalb über ausreichende Ressourcen, moderne Technologien und zeitgemässe gesetzliche Grundlagen verfügen. Die Diskussion habe schliesslich gezeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit über die gesamte «Sicherheitskette» hinweg sei – dazu gehörten sowohl öffentliche als auch private Sicherheitskräfte.